The World Order èr qiān wǔ shí nián
Warum Europa heute eine globale Friedensordnung für das Jahr 2050 skizzieren muss

Thomas Roithner

Was du nicht willst das man dir tu,
das füg auch keinem andren zu
in zahlreichen Religionen und
Philosophien überliefertes Sprichwort

Die Theorie des Konstruktivismus „geht davon aus, dass die Welt den Akteuren nur durch Wahrnehmung und Deutung zugänglich ist und dass sie diese Welt auf der Grundlage von Ideen und Interpretationen gestalten“ (Krell 2004: 348). Dementsprechend sind auch nationale Interessen sowie die Art der Durchsetzung oder Blockbildungen „sozial konstruiert“ (ebda.: 360). Auch der Aufsatztitel ist bereits eine Deutung: The World Order èr qiān wǔ shí nián – die Weltordnung im Jahr 2050. Die Weltordnung wird amerikanisiert und sinnisiert. Die Wahrnehmungen über Art, Ausmaß und Umwälzungspotenzial könnten verschiedener jedoch kaum sein (Chen 2015).

Unterschiedliche Staaten und Bündnisse – nicht nur die wirtschaftlich stärker wachsenden – positionieren sich gegenüber dem „Westen“[1] als Herausforderer. Besonders sind hier die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika zu nennen. Außen- und sicherheitspolitisch werden die USA und die EU in den letzten Dekaden vielerorts als offensiv und interventionistisch wahrgenommen. Bei Kriegen der westlichen Wertegemeinschaft wird Völkerrecht gebrochen (Kosovo-Krieg 1999, Irak-Krieg 2003), ist das westliche Kriegsbündnis zweifelhaft mandatiert (Afghanistan 2001) oder überzieht sein Mandat (Libyen 2011). Gepaart werden diese Kriege mit zahlreichen globalen Militäreinsätzen der transatlantischen Akteure, nicht selten mit einer Rohstoffsicherungsagenda im Hinter-

[1] Als „Westen“ definiert Mahbubani die Ansammlung von Staaten aus Nordamerika (USA, Kanada), die EU-Mitglieder sowie Australien und Neuseeland (Mahbubani 2008: 114). Jean Ziegler (2009) sieht den „Westen“ nicht geographisch definiert, sondern durch sein ökonomisches, politisches und gesellschaftliches Modell.

grund. Geopolitik und Geoökonomie greifen zusehends ineinander. Die westlich dominierten globalen Finanzinstitutionen (zu der Hunger und Ausschreitungen produzierenden IWF-Politik vgl. Stiglitz 2004: 13) haben Konkurrenz aus Fernost bekommen. Nationale Akteure und Staatenkooperationen in unterschiedlicher Festigkeit stellen nicht nur Zusammensetzung und Orientierungen globaler Finanzinstitutionen zur Diskussion (Szigetvari 2015: 19), sondern schaffen ernstzunehmende Alternativen und legen auch den Finger auf doppelte Standards des Westens.

Mit analytischen Ansätzen aus der realistischen Theorieschule zu den gegenwärtig stattfindenden globalen „Machtübergängen" (Dembinski/Spanger 2012: 87) und Schlussfolgerungen mit Anleihen aus der idealistischen Schule wird in diesem Beitrag der Frage nachgegangen, wie eine friedensfähige internationale Politik aus der Sicht Europas aussehen kann.

Machtübergänge (Abschnitt 1) und langfristige Berechnungen über die wirtschaftliche Entwicklung der Staatenwelt reichen in das Jahr 2050 und daher wird im zweiten Abschnitt dieses Beitrages ein langfristiges Szenario[2] zur Orientierung für Europa angeboten. Diese Orientierungspunkte folgen gemäß der liberalen oder idealistischen Theorie folgenden Fragen (Meyers 2008: 493): „Welche Normen sind zu entwickeln, um politisches Handeln am Ziel der Verwirklichung des Weltfriedens zu orientieren?" und „Wie soll internationale Politik beschaffen sein?"

Grob vereinfacht und zugespitzt: Woran soll sich die EU bereits heute orientieren, wenn die BRICS-Staaten im Allgemeinen und China im Besonderen 2050 das tun, was diese von Seiten des Westens in der jüngsten Geschichte oftmals wahrgenommen haben? Mit Blick auf den Konstruktivismus wird eine Skizze einer künftigen Ordnung angeobten, die dem Sprichwort „Was du nicht willst das man dir tu, das füg auch keinem andren zu" folgt. Gerald Mader (2001: 55) hat die grundsätzliche Zielsetzung verdeutlicht: „Ein (…) Kurswechsel zu einer umfassenden Friedenspolitik wäre im Interesse der europäischen Bevölkerung nicht nur in der Sicherheitspolitik, sondern auch in der Wirtschafts- und Umweltpolitik dringend nötig." Dies setzt vo-

[2] Ein Szenario ist ein „hypothetisches Zukunftsbild" (Wilms 2006: 7) und keine Prognose.

raus, dass Wesen, Strukturen, Institutionen und Strategien des heutigen Europas einer Grundsatzdiskussion unterworfen werden. Außer Streit steht hier eine internationalistische Politik, denn Abschottung, Festungsbau und Nationalismus (Annan 2015: 38) waren noch nie Ingredienzien einer dauerhaften Friedensordnung.

1. Machtübergänge: Geopolitik und Geoökonomie

Die Zeit, in der Charles Krauthammer die USA im Jahr 1990 in einem „unipolaren Moment" sah oder die EU sich mit ihrer Lissabon-Strategie im Jahr 2000 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt" aufschwingen wollte, sind zweifellos vorbei. Weniger wichtig ist heute, ob dies je bestanden hat bzw. je eine Chance dafür vorhanden war. Die wirtschaftlich im Vergleich zu EU und USA stärker wachsenden Ökonomien bilden gegenwärtig neue Bündnisse, Institutionen und Absprachen. Die Theorie des Realismus hat dafür einen Begriff: Gegenmachtbildung (Krell 2004: 165).

Die geopolitischen und geoökonomischen Herausforderer des Westens hinterfragen offen die Außen- und Wirtschaftspolitik samt ihren Strukturen und Institutionen, zum Teil jedoch auch, um deren neoliberale und streng marktorientierte Schlagseite und ökologische Probleme noch zu steigern. Vijay Prashad (2013: 71) enttarnt dies als einen „Neoliberalismus mit südlichem Antlitz" und Matthias Dembinski und Hans-Joachim Spanger (2012: 91) stellen dazu fest: „Hier generieren sich die vier BRIC heute bisweilen marktradikaler als ihre einstigen ordnungspolitischen Vorbilder aus der OECD". Dies reicht vom Arbeitskräfteexport über eine offensiv ökonomische Ressourcenpolitik bis zum *land grabbing*.

Für Ulrich Menzel (2001: 59) umreißt Geopolitik „die Beherrschung von militärstrategisch wichtigen Orten und Grenzen". Für ten Brink (2008: 2 f) wird Geopolitik verwendet, „um die (unterschiedlich konzeptualisierten) räumlichen Kontrollstrategien moderner Staaten zu beschreiben, ohne dass dabei eine direkte territoriale Kontrolle über die betroffenen Räume vorliegen muss." Geoökonomie umschreibt Konkurrenzverhältnisse von Wirtschaftsräumen und Staaten. In der Entwicklung stellen Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf (2007:

50) fest, dass „in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die geoökonomische Konkurrenz wesentlich wichtiger [war] als die geopolitische Balancierung von Macht“. Dies schließt nicht aus, „dass sich die geopolitische Staatsräson und die kapitalistischen Investitions- und Absatzstrategien wechselseitig bestärken“ (Bieling 2010: 227). „Das Neue der jüngsten Periode ist das Amalgam von geoökonomischen und geopolitischen Diskursen zu einem ‚neuen Imperialismus‘“, wobei „die geo-ökonomische, durch die Marktmechanismen regulierte Wettbewerbsordnung nur so lange friedlich [ist], wie die durch den Markt erzeugte soziale Ungleichheit nicht unerträglich groß wird, sondern eingedämmt werden kann“ (Altvater/Mahnkopf 2008a: 301ff). In diesem Zusammenhang ist auch die Währungskonkurrenz zwischen Dollar, Euro und Rénmínbì zu deuten.

Der britische Soziologe Michael Mann (1998, zit. nach ten Brink 2008: 162f) beschreibt im Zusammenhang mit geostrategischem Denken die fünf Eckpunkte der Macht als ökonomische, ideologische, militärische, politische Macht und die Fähigkeit zur Führerschaft. Sino-amerikanische Differenzen um Territorialfragen und Militärpräsenz im Südchinesischen Meer, die verschiedenen Klimagipfel, die Tätigkeiten von Google in China, Strafzölle oder dass China über 2 Billionen Dollar hält sind nur einige Ausprägungen der aktuellen Machtübergänge. In historischen Konkurrenzsituationen zwischen aufsteigenden und etablierten Mächten kam es in 10 von 15 Fällen zu kriegerischen Auseinandersetzungen (Allison 2013).

Globale Wirtschaftsprognosen bis 2050

Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung können – je nach Berücksichtigung einzelner Faktoren – sehr unterschiedlich ausfallen.[3] Die OECD (*Organisation for Economic Cooperation and Development*) (2012: 217; *real GDP at 2005*) publiziert, dass im Jahr 2050 China 29 Prozent (im Jahr 2010: 16 Prozent) des globalen BIP auf sich vereinen wird, während die USA 16 Prozent (2010: 23 Prozent) und Indien 16 Prozent (2010: 6 Prozent) erreichen werden, wenngleich in diesem Fall die Tendenz wichtiger ist als die exakte Prognose.

[3] Die Untersuchung zur Weltwirtschaft von 2050 von Foure, Benassy-Quere und Fontagne (2010: 44) berechnet für 2050 einen chinesischen Anteil von 25 Prozent, den US-Anteil mit 19 Prozent und Indien mit 9 Prozent. Die EU kommt auf 16 Prozent.

Nach PricewaterhouseCoopers (2015: 3; *GDP at PPP 2014 US$bn*) hat China die USA betreffend dem Bruttonationalprodukt bereits 2014 überflügelt. Die weiteren Ränge nehmen mit einigem Abstand danach Indien (3), Japan (4), Deutschland (5) und Russland (6) ein. Im Jahr 2050 wird China mit einem rund 30 prozentigen Abstand zu den etwa gleichgroßen Indien und USA geführt.[4]

GDP at PPP 2014 in US $ bn

	2014		2030		2050	
Rank	Land	GDP	Land	GDP	Land	GDP
1	China	17,632	China	36,112	China	61,079
2	USA	17,416	USA	25,451	Indien	42,205
3	Indien	7,277	Indien	17,138	USA	41,384
4	Japan	4,788	Japan	6,006	Indo-nesien	12,210
5	Deutsch-land	3,621	Indo-nesien	5,486	Brasilien	9,164
6	Russland	3,559	Brasilien	4,996	Mexiko	8,014
7	Brasilien	3,073	Russland	4,854	Japan	7,914
8	Frankreich	2,587	Deutsch-land	4,590	Russland	7,575
9	Indonesien	2,554	Mexiko	3,985	Nigeria	7,345
10	UK	2,435	UK	3,586	Deutsch-land	6,338

Quelle: PricewaterhouseCoopers 2015: 3

Frieden und Sicherheit

Sicherheit ist nach Meier, Nelte und Huhn (2008: 410) der „Zustand, in dem sich Individuen, Gruppen und Staaten nicht von ernsten Gefahren bedroht fühlen bzw. sich wirksam vor ihnen geschützt sehen". Frieden ist nach Johan Galtung mehr als die Abwesenheit von direkter Gewalt und Krieg (negativer Frieden). Frieden umfasst jenseits von Bedrohung auch soziale, wirtschaftliche, ökologische, demokra-

[4] Ähnliche Ergebnisse für 2050 mit unterschiedlichen Reihungen der Ränge 4–10 hat der Guardian veröffentlicht: www.theguardian.com/news/data-blog/2011/jan/07/gdp-projections-china-us-uk-brazil#img-1.
Die Goldman-Sachs-Studie „BRICS and Beyond" (2007: 140) sieht im Vergleich dazu im Jahr 2050 China an der Spitze. Mit einem Abstand folgen auf ähnlicher Höhe die USA und Indien und dem mit wesentlicher Distanz Brasilien (4), Mexiko (5), Russland (6), Indonesien (7), Japan (8), UK (9) und Deutschland (10).

tie-, verteilungs- und menschenrechtspolitische sowie kulturelle Fragen und die Betrachtung der entsprechenden Gewaltstrukturen (positiver Frieden) (vgl. auch Gärtner 2008).

Die gegenwärtigen Strategien, Doktrinen und Weißbücher werden vom Sicherheitsbegriff geleitet. Oftmals werden klassisch zivile Bereiche unter dem Aspekt der Sicherheit betrachtet bzw. in Folge versicherheitlicht (securitisation). Wenn auch in Teilen als gesamtstaatliche Aufgaben verstanden, so sind die von Armeen orchestrierten internationalen Konzeptionen um die Energie- und Ressourcensicherheit, die ökologische Sicherheit, die Sicherung von Menschenrechten, Sicherung des freien Welthandels oder die Sicherung von Grenzen vor Flüchtlingen das A und O etatistischer Außen- und Sicherheitspolitik. Auf dieser Basis gelangen Armeen zu neuen Aufgaben und verengen gleichzeitig bei der Problembearbeitung Sichtweisen und Instrumente.

Im Zuge einer auf (Staaten-)Konkurrenz, Polarisierung, Ressourcensicherung, Beistandsverpflichtungen, Militärbudgets und Marktexpansion konzentrierten Diskussion, geraten die in der EU-Sicherheitsstrategie genannten „weicheren" und langfristig zu bearbeitenden Herausforderungen leichter aus dem Blickfeld. Eine ökologisch nachhaltige und friedensfähige Energiepolitik oder die Einhaltung von Menschenrechtsstandards werden zur Durchsetzung anderer Interessen oftmals instrumentalisiert. Beispielswiese fokussiert eine auf Sicherheitsaspekte konzentrierte Debatte zur Bearbeitung globaler sozialer Ungerechtigkeit dabei das Management von Verteilungskonflikten anstatt Maßnahmen zur Ermöglichung von Verteilungsgerechtigkeit zu realisieren.

Strategische Wendung und neue Bündnisse

Eine „strategische Wendung" der USA in die asiatisch-pazifische Region, so Hillary Clinton (2011), „passt folgerichtig in unser globales Bestreben, die amerikanische globale Herrschaft zu sichern und zu erhalten".[5] Neue Konfliktformationen in Ostasien drohen sich zu festigen, während die EU über wenig Einfluss auf die Region verfügt. Der

[5] Präsident Obama hat in seiner Grundsatzrede zur Außenpolitik im Mai 2014 betont, weiterhin eine globale Führungsrolle zu behalten, denn „wenn wir es nicht tun, wird es kein anderer tun" (Der Standard, 30.5.2014, S. 4).

nunmehr als *rebalance* bezeichnete US-*Pivot* – die vieldimensionale Prioritätenverlagerung und Neujustierung vom Atlantik in den pazifischen Raum – veranlasst auch die europäischen Verbündeten zu einer nervösen Debatte, in der Javier Solana die Notwendigkeit für Europa, einen *smart pivot* zu vollziehen, in den Raum stellt. China könnte nach Ansicht Solanas (2013) in Europa – oder auch in einem G3-Format mit den USA – einen natürlichen Partner für die zentralen Fragen der globalen Entwicklung vorfinden.

Die fünf BRICS-Staaten vereinen gemeinsam über 3 Milliarden Menschen bzw. 42,5 Prozent der Weltbevölkerung. Nicht nur die BRICS-Staaten, sondern auch die *Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit* (SOZ) (Mitglieder sind China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan und seit dem Gipfel in Ufa 2015 auch Indien und Pakistan) zählt zu den Akteuren der globalen Machtverschiebung. Bei der SOZ spielen sicherheitspolitische Aspekte eine wichtige Rolle. Jim O'Neill, Investmentbanker bei Goldman Sachs und im Jahr 2001 „Erfinder" des Akronyms BRIC, ist der Ansicht, dass diese Staaten das „Misstrauen gegenüber dem Westen und ihre blendenden Zukunftsaussichten" (zit. nach Follath 2013: 402f) verbindet, wenngleich Unterschiede der vier Staaten betreffend Politik und Wirtschaftssystem kaum deutlicher sein könnten.

China bildet in den vergangenen Jahren ein Zentrum neuer Allianzen und Institutionen, wobei die ökonomische und die politische Gegenmacht schwerlich zu trennen sind. Dass internationale Finanzinstitutionen vom Westen als Druckmittel verwendet werden, ist bei den BRICS-Staaten ein Ansporn zur Etablierung ergänzender Finanzeinrichtungen (Roithner 2015e). Sie haben bereits anlässlich ihres Gipfels in Fortaleza im Juli 2014 an der Gründung einer BRICS-Bank – der *New Development Bank* (NDB) – gearbeitet. Die Bank soll besonders Infrastrukturprojekte sowie nachhaltige Entwicklungsprojekte finanzieren und versteht sich explizit als Ergebnis einer US-Verweigerung der Reform der westlich dominierten Finanzinstitutionen Weltbank und Währungsfonds (vgl. dazu Hilpert/Wacker 2015: 3; Annan 2015: 38). Die Abhängigkeit vom Westen soll auf diesem Weg reduziert werden und es wird eine angemessene Mitsprache gefordert. Die NDB ist ein machtvolles Instrument in den BRICS-Staaten, Entwicklungsländern und in Schwellenländern, um in ihrer Wahr-

nehmung ökonomisch gerechtere internationale Beziehungen anzustreben. Die ersten Projekte wird die NDB im ersten Quartal 2016 realisieren. Die fünf BRICS-Staaten sind auch Mitglieder der von China initiierten *Asian Infrastructure Investment Bank* (AIIB). Für China ist dies ein weiterer Schritt in Richtung eines multipolaren Finanz- und Währungssystems (Prashad 2013: 62). USA und EU verlieren durch die von China neu geschaffenen Finanzinstitutionen Schritt für Schritt die alleinige Definitionsmacht über die globalen Wirtschaftsbeziehungen und -strukturen. Es wird – auch wenn eine finale Liste noch nicht vorliegt – künftig nicht verwundern, sollte so manche Infrastrukturinvestition (Ehrling 2015) der chinesischen Seidenstraßenstrategie zum Durchbruch verhelfen.

China argumentiert diese Finanzinstitutionen mit einer sinnvollen Ergänzung und viele europäische Staaten wollten den USA nicht in ihrer Ablehnung der AIIB folgen. Gleichzeitig versuchen die USA, zwischen dem Freihandelsabkommen TPP (*Trans-Pacific Partnership*) und China eine deutliche Distanz zu wahren. Knittel (2015b: 27) beschreibt dies als „Furcht vor der übermächtigen Volksrepublik".

Eine kluge und stabilisierende Brückenfunktion beim „Aufstieg und Fall der großen Mächte" (Paul Kennedy) erscheint nötig. „In der Gesamtsicht", so Hilpert und Wacker (2015: 4f) von der *Stiftung Wissenschaft und Politik* in Berlin, „zeigt sich ein integrativer Ansatz der chinesischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik. (…) Der Realitätstest steht den neuen, von China angestoßenen Finanzinstitutionen und der Seidenstraßenvision allerdings noch bevor". Der Friedensforscher Herbert Wulf (2015: 3f) zeigt Verständnis für die Motivlage der Neuausrichtungstendenzen:

> Durch die Initiativen und die Entschlossenheit der BRICS sind manche traditionelle Regeln und Normen globaler Zusammenarbeit in Frage gestellt. Viele dieser Regeln sollten reformiert oder ersetzt werden. Es ist deshalb empfehlenswert, die politischen Aktivitäten der BRICS-Länder ernst zu nehmen. Es geht um nichts weniger als um eine neue Balance der globalen Ordnung, um einen Wandel der Normen.

Wer ist heute globale Supermacht?

Henry Kissinger (2014: 262) legt dar, dass kein Land – unabhängig ob USA oder China – die globale Führungsrolle allein übernehmen kann.

Zweifellos wird China als der „entwicklungspolitische Superlativ" gesehen, „der im Westen von vielen als neuer Gegenspieler wahrgenommen wird" (Hauswedell/Kursawe 2012: 37). „Dass mit dem Aufstieg der BRICS-Gruppe ein Abstieg des Westens korrespondiert, der Welt folglich ein neuerlicher Machtübergang droht, gehört heute auch jenseits des Feuilletons zu den gesicherten Erwartungen" (Dembinski/Spanger 2012: 87).

Unterschiedliche Einschätzungen herrschen bezüglich der Art und Intensität des westlichen (relativen) Abstiegs und dem Machtzuwachs jüngerer politischer und ökonomischer Bündnisse. „Der Westen stagniert, und zwar nicht nur ökonomisch", so Niall Ferguson (2013: 9), Historiker an der Harvard University und Kishore Mahbubani (2008: 14) stellt in der „Weigerung führender Vertreter des Westens, anzuerkennen, dass die globale westliche Vorherrschaft nicht mehr aufrechtzuerhalten ist" eine große Gefahr für die Welt fest. Dieter Senghaas attestiert den BRIC-Staaten eine fehlende Basis bezüglich einer abgestimmten Politik. Vielmehr verfolge man unterschiedliche Interessenpolitiken (Senghaas 2012: 142). Dies schließt jedoch nicht aus, dass innerhalb eines „multipolaren Mächtekonzertes" eine „Hegemoniekrisenproblematik" zwischen den USA und China im Entstehen ist (ebda.: 146).

In Anlehnung an die G7 wurden die G2 – die USA und China, also *Chinerika* – in den Diskurs eingeführt. Chinerika entstand weniger wegen seiner gemeinsamen Vorgangsweise oder gemeinsamer Ordnungsvorstellungen, sondern wegen der Mächtigkeit der beiden Staaten (Maull 2015). Nicht nur bei den Währungen erkennt Parag Khanna (2008: 19), „dass die Erde gleichzeitig amerikanisiert, europäisiert und sinisiert wird".

Zur internationalen Ordnung plädieren Nina Hachigian und Mona Sutphen (2008) für eine Core 6 (USA, China, Indien, Russland, EU, Japan) und begründen, dass die wachsenden Probleme wie Klimawandel oder Terrorismus unzureichend in bestehenden Institutionen (NATO, G8 oder UN-Sicherheitsrat) diskutiert werden können, da einer oder mehrere Staaten jeweils nicht vertreten sind. Francis Fukuyama (2006: 160) schlägt einen „Multi-Multilateralismus" vor, in dem es eine Vielzahl an internationalen Institutionen gibt, deren Aufgaben zum Teil miteinander konkurrieren oder sich überschneiden. Er

plädiert damit für eine „freien Markt der internationalen Zusammenarbeit“. Der ehemalige Weltbankpräsident Robert Zoellick (2009: 67) hält ein pragmatisches und flexibles Netzwerk für sinnvoll, welches einen *Neuen Multilateralismus* schafft. Die Lenkungsgruppe soll neben den G7 auch Brasilien, China, Indien, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien und Südafrika umfassen.

Diversität der Herausforderer

Die BRICS-Staaten zeichnen sich weniger durch eine gemeinsame Linie als durch enorme Verschiedenartigkeit aus (Roithner 2015e), wenngleich sich durch die mittlerweile sieben BRICS-Gipfel seit 2009 (Südafrika gehört seit 2010 dazu) international beachtliche Initiativen und Absprachen ergeben haben. Von internationalen Finanzinstitutionen bis zum Weltklima reichen die Vereinbarungen. Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre haben Wladimir Putin, Xi Jinping, Dilma Rousseff, Narendra Modi und Jacob Zuma Institutionen zimmern lassen, die weit über eine Schönwetter-Momentaufnahme hinausreichen, wenngleich die Differenzen und Konfliktdynamiken zwischen China und Russland, aber auch zwischen China und Indien nicht ausgeblendet werden dürfen. Die USA und die EU nutzen diese Widersprüche, um ein möglichst geeintes Auftreten einzudämmen. Auch in den USA und der EU wird Indiens Interesse registriert, einen Machtzuwachs Chinas im Zuge der Seidenstraßenstrategien besonders im Indischen Ozean zu unterbinden, wobei sich auch Indien einer möglichen Instrumentalisierung durch westliche Akteure bewusst ist. Nicht nur von einer ökonomischen Augenhöhe, sondern auch von einer „Wertegemeinschaft“ sind die fünf BRICS-Staaten jedoch weit entfernt.

Ein Gürtel und eine Straße

Der chinesische Präsident Xi Jinping schlug 2013 vor, „gemeinsam einen Wirtschaftsgürtel entlang der Seidenstraße“ sowie eine „maritime Seidenstraße des 21. Jahrhunderts“ zu schaffen (Bin 2015). Das Projekt „Ein Gürtel und eine Straße“ stellt „alle bisherigen Kooperationen mit Entwicklungsländern in den Schatten“ (Giner-Reichl 2015: 16). Anknüpfungspunkt ist der zwischen Asien, Afrika und Europa vor

über 2000 Jahren über Karawanenstraßen begonnene wirtschaftliche, kulturelle, religiöse, philosophische, wissenschaftliche und sprachliche Austausch. Dieses umfassende Projekt erfordert auf europäischer Seite mehr vorausschauendes Denken, als dies bei den Beteiligungen der damit im engen Zusammenhang stehenden *Asiatischen Infrastruktur Investmentbank* (AIIB) erfolgt ist. Die wirtschaftlichen und politischen Dimensionen von „Ein Gürtel und eine Straße" sind in all seinen Wechselbeziehungen zu berücksichtigen (Hilpert/Wacker 2015: 1).

China argumentiert, dass seine globalen Investitions- und Infrastrukturprojekte – insbesondere „Ein Gürtel und eine Straße" – erstens einen Beitrag zum Abbau nationaler ökonomischer Ungleichheit leisten, zweitens einen finanziellen, strategischen und institutionellen Integrationsimpuls in Asien bringen sowie drittens allen Staaten entlang des Projektes wachsende Entwicklung und Wohlstand bieten. Mehr als 60 Staaten – etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung – sollen involviert sein (Yanyi 2015). Sehr offen spricht China in diesem Zusammenhang von einer multipolaren Welt und unterstreicht den Beitrag der *Asiatischen Infrastruktur Investment Bank* (Yanyi 2015). Zu den Infrastrukturvorhaben zählen u. a. Straßen, Häfen, Eisenbahnen, Elektrizitäts- oder Glasfasernetze von Ostasien über Zentralasien nach Europa.

Ein wesentlicher Unterschied des vorgestellten chinesischen Wirtschafts- und Politikansatzes zum westlichen Modell liegt in staatlich geförderten und gelenkten langfristigen globalen Investitionen. Die Debatte über ökologische, arbeitsrechtliche und soziale Aspekte oder Korruption wird „Ein Gürtel und eine Straße" kritisch begleiten.

Sicherheitsaspekte

Neben den zwischen China und der EU bestehenden handelspolitischen Verflechtungen und künftigen Potenzialen soll durch das Seidenstraßen-Projekt eine „gemeinsame, umfassende, kooperierende, nachhaltige Sicherheit in den Regionen entstehen sowie eine stabile, tolerante geopolitische Lage gewährleistet werden" (Bin 2015). China hat stets seinen friedlichen Charakter betont, wenngleich Knittel (2015a: 26) herausstreicht, dass China „vor allem seine Wirtschaftsmacht ein[setzt], um andere Länder in Abhängigkeit zu bringen" und

dies in unterschiedlichen Staaten auch kritische Stimmen und Widerstand hervorbringt.

Die regelmäßige Aufregung über die Aufrüstung der BRICS-Staaten und in Asien muss entsprechend eingeordnet werden. Die Rüstungsbudgets haben sich in China zweifelsohne stark erhöht (SIPRI Yearbook 2015). Dennoch ergaben die Rüstungsbudgets aller 5 BRICS-Staaten im Jahr 2014 weniger als 60 Prozent des US-Budgets und etwas über 40 Prozent des Militärbudgets der NATO-Staaten. Während über einen chinesischen Flugzeugträger große Debatten in Gang gesetzt wurden, betreiben die USA 19 Flugzeugträger und 4 weitere sind in Planung. Im Gegensatz zu den USA und den EU-Staaten vermeidet China heute die Verstrickung in Militärinterventionen.

Noch Anti oder neues Kraftzentrum?

Der neokonservative Robert Kagan beklagte, dass die SOZ sich in russischen Medien zur Anti-NATO aufschwinge (Roithner 2015e). Ob sich der mittlerweile bunte Strauß an Institutionen, Vereinbarungen und Mechanismen mit China und Russland im Zentrum noch als „Anti"-Irgendwas bezeichnen lässt oder sich bereits als neues Kraftzentrum etabliert hat, ist noch umstritten. Der chinesische Staatschef Xi Jinping bezeichnete diese Entwicklungen als „unumkehrbar". Neben der wirtschaftlichen Lage hat auch die Politik des Westens gegenüber Russland – wenig überraschend – als Katalysator für neue Bündnisse und Allianzen gewirkt.

Wie schnell jedoch Sand ins Getriebe eines Integrationsmotors geraten kann, davon singt die EU seit geraumer Zeit ein laut hörbares Lied. Dass ein Bündnis seinen gemeinsamen Gegner auch „überleben" kann, hat sein Beispiel im Westen: das Militärbündnis NATO. Selbst wenn sich die *New Development Bank* und die *Asian Infrastructure Investment Bank* in Zukunft etablieren könnten, die BRICS-Staaten und die SOZ-Länder vorerst eine stabile Zusammenarbeit bewerkstelligen könnten – zwei große Konjunktive – ist eine zentrale Frage offen: Werden die BRIS (Brasilien, Russland, Indien, Südafrika) den Aufbau einer neuen Bipolarität zwischen Washington und Beijing akzeptieren?

Unterschiedliche Analysen unterstreichen unabhängig vom Neustrukturierungsbedürfnis den systemkonformen Charakter der Staa-

tenkooperation. „Generell spricht vieles dafür, dass Chinas Vorgehen nicht revisionistisch ausgerichtet ist. (…) China nimmt außerdem keineswegs Abschied von den etablierten Formaten, sondern lässt auch hier mehr Bereitschaft erkennen, sich aktiver einzubringen“ (Hilpert/Wacker 2015: 7). Prashad Vijay (2013: 72f) legt dar: „Das BRICS-Projekt bedeutet bisher keine Freiheit für den Süden. (…) Gegenwärtig geht es nur um eine Neujustierung der Machtbeziehungen, nicht um deren Transformation.“

2. Europa und die künftige globale Friedensordnung

Dieser Abschnitt bietet Orientierungspunkte und Linien, auf deren Basis konkrete außenpolitische Teilstrategien entworfen werden können. Nachfolgende Skizze versteht sich nicht als sicherheitsstrategisch, sondern bietet Ansätze für eine Friedensstrategie.

Ein Grundlagenwerk der liberalen Theorie ist Immanuel Kants (1984) philosophischer Entwurf „Zum ewigen Frieden“. Im „ewigen Frieden“ werden eine Abrüstungsverpflichtung („Stehende Heere … sollen mit der Zeit ganz aufhören. Denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg“), das Interventions- und Einmischungsverbot („Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewalttätig einmischen“), die Rolle der „gefährlichen Geldmacht“ („weil unter den drei Mächten, der Heeresmacht, der Bundesmacht und der Geldmacht, die letztere wohl das zuverlässigste Kriegswerkzeug sein dürfte“) und die Mitbestimmung der BürgerInnen in Fragen von Sicherheit und Frieden dargelegt. Die Berücksichtigung von Konfliktursachen ist den liberalen Ansätzen im Wesentlichen eingeschrieben.

Aktuelle Auslandseinsätze und EU-Sicherheitsstrategie

„Bei den neuen Bedrohungen“, so die noch aktuelle EU-Sicherheitsstrategie (ESS) aus dem Jahr 2003 „wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.“ Ausgeführt wird in der ESS, dass die EU in der Lage sein sollte, „mehrere Operationen gleichzeitig durch[zu] führen“. Die politische Wegstrecke von Kants Interventionsverbot zur heutigen EU ist lang geworden, wobei sich militärische und wirtschaftliche Instrumente zu einer Gesamtstrategie zusammenfügen

(Roithner/Frank/Huber 2014). Das in der ESS dargelegte „robuste Eingreifen“ kann durch kritische Medienberichte nur erahnt, aber aus nicht immer nachvollziehbaren Gründen der Geheimhaltung durch die EU nicht systematisch und vollständig aufgearbeitet werden.

Die EU verweist seit 2003 auf 33 laufende oder abgeschlossene Auslandseinsätze (Roithner 2015a). Zehn Einsätze haben nach dem *Europäischen Auswärtigen Dienst* (EAD) einen militärischen Charakter, 22 gelten als zivile Einsätze und ein Einsatz wies einen Mischcharakter auf. Bei einer oberflächlichen Betrachtung könnte dies als Beleg einer Zivilmacht gelten. Ein genauer Blick zeigt jedoch, dass im zivilen Bereich (inkl. lokaler Kräfte) lediglich 24,73 Prozent des gesamten entsendeten Personals eingesetzt wurden. Knapp über drei Viertel sind also Militärs. Von den zivilen Einsätzen sind es zehn, die 50 oder weniger Personen im Feld haben (davon zahlreiche Militärs ohne Bewaffnung). Gerald Mader legt in Bezug auf die Auslandseinsatzpolitik der EU dar, dass Teile der politischen Eliten der EU-Mitgliedsstaaten in militärischen Interventionen eine Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen sehen. „Bei diesen nationalen Interessen geht es heute nicht mehr um Verteidigung, sondern um die Sicherung von Rohstoffen und um geopolitische Machtinteressen“, so Mader (2008: 12).

Im Hinblick auf Kapazitäten für Auslandseinsätze herrscht in der EU ein krasses Missverhältnis zwischen Zivil und Militär. Sogar das EU-Parlament, welches üblicherweise kein friedenspolitisches Korrektiv zum Rat oder zur Kommission ist, meint, „dass – wegen der Tatsache, dass der Schwerpunkt hauptsächlich auf die militärische Dimension der ESVP gelegt wird – im Bereich der zivilen Fähigkeiten und der Konfliktverhütung Fortschritte viel zu langsam erreicht werden“ (EP 2009: Punkt 39). Politisch prioritäre und personell dominierende Militäreinsätze sind die fatale Folge und das Gegenteil einer Zivilmacht.

Umfassende Präventionsagenda

Grundsätzliche Orientierung einer zukunftsfähigen europäischen Friedensstrategie ist eine umfassende *Ursachenorientierte Zivile Präventionsstrategie* (URZIP) (*Comprehensive Civilian Conflict Prevention-Strategy*). Diese setzt bei einem positiven Friedensbegriff (Johan Galtung) an. Sie betrachtet Fragen der globalen Verteilungspolitik

(Ressourcen, Bildungschancen oder angemessene Mitsprache), der globalen Klima- und Umweltpolitik, der Versorgung mit Energie oder auch die Bekämpfung von Armut als miteinander verbundene Problemkreise, deren Lösung kein Almosenverteilungsprojekt ist, sondern im gemeinsamen Interesse liegt. Die Ansatzmöglichkeiten betreffend Migrationsbewegungen oder das Engagement gegen Terrorismus gewinnen jenseits des Blicks durch die kurzatmige Sicherheitsbrille an Breite und Effektivität. Auch die Debatte einer Präventionsagenda im UN-Rahmen – beispielsweise was Gerechtigkeit bedeutet und wie wir Näherungen finden – stellt einen Beitrag zur Verständigung dar.

Sicherheits- und Festungsdenken sowie Sicherheitsinstitutionen demonstrieren gegenüber der Öffentlichkeit eine schnelle Lösungskompetenz. Jedoch verlagern sie Probleme oder bringen im schlimmsten Fall in letzter Konsequenz Staaten (und damit Menschen) zum Scheitern und vergrößern die Unsicherheit. Die letzte Dekade ist reich an Beispielen (vgl. Annan 2015: 38), die zeigen, dass bei den wenigsten globalen Herausforderungen, die im Zuge der Globalisierung hervortreten, das Militär mit den vorherrschenden Strategien und dem verfügbaren Werkzeugkasten eine zentrale Rolle bei der nachhaltigen Konfliktlösung spielen kann. Zivile Probleme verlangen nach zivilen Lösungen.

Nach dem Friedensforscher Volker Matthies (2000: 30) will Krisenprävention „nicht nur direkte, physische oder personale Gewalt beim Austrag von Konflikten verhindern, sondern zugleich auch einen friedlichen Wandel gesellschaftlicher Gewaltstrukturen („strukturelle Gewalt“) befördern“. Gemäß der Vielgestaltigkeit der Kriege und Konfliktverläufe hat sich auch ein dynamisches Verständnis von Prävention durchgesetzt, welches Maßnahmen vor, während und nach einem gewaltsam ausgetragenen Konflikt (Primär-, Sekundär-, und Tertiärprävention) vorsieht. Die Präventionsinstrumente der UNO im Rahmen der *Agenda for Peace* (vertrauensbildende Maßnahmen, Frühwarnung, vorbeugende Einsätze und entmilitarisierte Zonen) und der OSZE (*Conflict Prevention Centre*) sind dabei zu verstärken.

Der „kohärente“ Ansatz der EU (2013) – Instrumente der Finanz-, Handels-, Entwicklungs-, Justiz- oder Militärpolitik greifen ineinander und verfolgen die gleichen Ziele – stellt eine Möglichkeit zur „Steigerung der Effizienz“ der EU dar, tätigt jedoch keine exakte Festlegung

über die Richtung der Politik (Roithner 2015b; Frank/Matyas 2014). Ziel ist nicht nur ein kohärenter Ansatz, sondern eine friedensfähige Finanz-, Handels-, Entwicklungs-, Ressourcen- oder Justizpolitik zu betreiben. Im Zuge eines Paradigmenwechsels in Richtung einer Priorität für Prävention stellen sich auch Fragen über Art, Umfang und Charakter der (ökonomischen) Wachstumspolitik. Eine Debatte über die Grenzen des Wachstums hat längst auch China erreicht.

Zivile Außenpolitik vor Sicherheitspolitik

Die Herausbildung und der Einsatz militärischer Instrumente lässt den Mangel einer funktionierenden außenpolitischen Grundlage nicht nur ineffizient, sondern auch gefährlich erscheinen (Roithner 2015c). Dies nährt auch die mancherorts verbreitete Skepsis an den Auslandseinsätzen der EU. Die Festlegung aus der Umsetzung der EU-Sicherheitsstrategie des Jahres 2008 – „die EU-Organe haben die Pflicht, nachzuweisen, wie dies zu unserer eigenen Sicherheit beiträgt" – wurde nicht eingelöst, sondern mit einem sicherheitspolitischen Demokratiedefizit konterkariert.

In wichtigen Fragen der internationalen Politik sind die 28 EU-Staaten – gemeinsame Werte hin oder her – uneinig. Eine gemeinsame Haltung zu Atomwaffen, zur Anerkennung Palästinas, zum Kosovo, zu konkreten Maßnahmen gegen den Terrorismus oder zum Umgang mit ertrinkenden Flüchtlingen im Mittelmeer gibt es nicht. Gemeinsame Kampftruppen können und dürfen mangelnde Außenpolitik nicht kompensieren.

Die Sicherheitsbrille sorgte vor der Küste Somalias dafür, dass die größten Militärmächte und -bündnisse der Erde – u. a. USA, NATO, EU unter Beteiligung von acht Staaten, Russland, China, Saudi Arabien, Indien, Iran oder Japan – Kriegsschiffe gegen Piraten einsetzten. Die Bedrohung der globalen Sicherheit und der internationalen Ordnung ist jedoch weniger durch Piraten als durch wachsende Rivalitäten geprägt. Eine Ursache war die Überfischung der Küste durch jene Fangflotten, deren Flaggen auch die nunmehr präsente Marine zieren. Die Kontrolle des Warenverkehrs und die Ressourcensicherung kann als vorrangiges Motiv der internationalen Militärpräsenz am Horn von Afrika betrachtet werden. Die Piraten waren den westlichen Militärmächten auch Begründung, um ein Signal an Chinas Am-

bitionen zu einer die Region einschließenden maritimen Seidenstraße zu senden.

In der Frage des Klimawandels wird im Umsetzungsdokument der EU-Sicherheitsstrategie zugunsten der Feststellung, dass diese Entwicklung „auch Streitigkeiten über Handelsrouten, Meeresgebiete und vormals unerreichbare Ressourcen auslösen" kann, eine Aussage über deren Ursachen bzw. die Verursacher ausgespart. Wenig später lässt das EU-*Institut für Sicherheitsstudien* (EU ISS) über eine Militarisierung der internationalen Umweltpolitik im Sinne eines „ecological policing and enforcement" nachdenken (Ries 2009: 64).

Werte ohne doppelte Standards

Im ersten Artikel des EU-Vertrages von Lissabon nennt die Union die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte als Werte (Roithner 2015f). Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist reich an Beispielen, bei denen die Werte der Union in Papieren und Reden hochgehalten, in der Praxis jedoch offensichtlich gebrochen oder zumindest unterlaufen werden. Dass das Anheizen von EU-Rüstungsexporten nicht überall und für alle auf dem Globus Demokratie und Menschenrechte wahrt, ist den Medien beinahe täglich zu entnehmen. Seltener jedoch ist der Hinweis auf die Herkunft der Waffen.

Wirtschafts-, Energie- und Geopolitik-Interessen wichtiger EU-Staaten setzen sich nicht selten gegen „europäische Werte" durch. Dass Werte wie Menschenrechte im Vertragswerk und Mauern gegen Flüchtlinge sowie militärische Flüchtlingsabwehr in der Praxis in einer Wertegemeinschaft Platz zu finden versuchen, lässt wichtige Teile der öffentlichen und veröffentlichten Meinung am gegenwärtigen europäischen Projekt zweifeln. Exportinteressen und Exportförderung wiegen manchmal schwerer als die Unterstützung bei der Entwicklung eines regional überlebensfähigen Wirtschaftskreislaufs in Ländern des globalen Südens. Zu beobachten ist heute, dass Menschenrechte, Terrorismusgefahr oder künftig möglicherweise auch ökologische Gefahren instrumentalisiert werden, um Wirtschafts- und Ressourceninteressen mit Mitteln des Militärs durchzusetzen. Der Umgang mit doppelten Standards spielt bei der Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts eine zentrale Rolle (Roithner 2015c).

Multilateralismus und Pluralismus

Einige neokonservative Vorschläge zur Reform der UNO thematisieren aus guten Gründen die langsamen Fortschritte in Fragen Klimaschutz oder Armutsbekämpfung. Sie zielen jedoch auf eine Schwächung des Systems der Vereinten Nationen ab. Ein Abbau des Multilateralismus schafft eine größere Ungleichheit unter den Mitgliedern und stärkt die ohnehin Starken. Auf dieser Basis werden Problem„lösungen" zu einer Funktion der nationalen Interessen der großen Militär- und Wirtschaftsmächte. In Zeiten von „Kalter Krieg"-Rhetorik, globalen Machtübergängen und konkurrierenden Ordnungsstrukturen darf der Wert von Institutionen, in denen Differenzen integrierend debattiert werden können, nicht geschmälert werden. Während G7, NATO, EU, BRICS oder andere Konfigurationen mächtiger Staaten stets auch exkludierend wirken, umfassen die Vereinten Nationen alle Staaten und nicht nur die wirtschaftlich und militärisch potenten. Dass gerade die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich) die Reform der UNO blockieren und sich anschließend über deren Handlungsunfähigkeit beklagen, lässt auf unterschiedliche Zielsetzungen schließen.

Wenn die USA auf einem Gebiet der Machtausübung uneinholbar stark sind, dann ist es jenes des Militärs. Die auf militärisches Denken fokussierten Spielregeln sollten nach US-Vorstellungen für alle Staaten gelten. Das Gewaltverbot und die UNO – politisch klug angewandt – schränkt eine zügellose militärische Globalisierung jedoch ein. Für die Reform der Weltorganisation auf Basis des Gewaltverbotes sind jenseits der großen Wirtschafts- und Militärmächte auch in der arabischen Welt, in Afrika und in der Zivilgesellschaft Verbündete zu suchen. Die UNO im Sinne wetterfester Weltordnungsstrukturen ist jedoch auch eine Institution, um – diese Wichtigkeit soll nicht geschmälert werden – Verschiedenheiten und Differenzen unter allen zu debattieren, auch wenn die UN-KritikerInnen dies als Handlungsunfähigkeit abzuqualifizieren versuchen.

Die UNO im Allgemeinen und das Gewaltverbot im Besonderen sind für die friedlichen Beziehungen der Staaten von entscheidender Bedeutung. Das Bekenntnis zu einer regelbasierten internationalen Ordnung endet zweifellos, wenn Völkerrecht gebrochen oder igno-

riert wird. Dazu zählt in seiner anschaulichsten Ausprägung die Mandatierung eines Militäreinsatzes durch den UN-Sicherheitsrat. Ein Mandat des UN-Sicherheitsrates für EU-Militäreinsätze wird nicht mehr explizit zur Bedingung gemacht, sondern in speziellen Fällen für die EU *Battle Groups* sogar „nicht als notwendig erachtet" (EU 2009: 3). Der heutigen EU und ihren Mitgliedsstaaten fehlt es diesbezüglich an (völker-)rechtlicher Redlichkeit und Gewissenhaftigkeit, auch bezüglich der Quantität der Truppenstellung für UN-Einsätze. Auf ein schlampiger werdendes Verhältnis wirtschaftlich und/oder politisch mächtiger werdender Staaten zum Völkerrecht reagiert die EU – bereits heute – mit harscher Kritik und ökonomischen Sanktionen.

Die UN-Sonderorganisationen (UNEP, UNHCR, UNDP, UNICEF, WHO etc.) leisten Arbeiten im Sinne eines breiten Ansatzes. Eine mangelnde Unterstützung oder eigennützige Instrumentalisierung läuft auf eine Schwächung des globalen Multilaterialismus hinaus und bedeutet das Recht des Stärkeren statt der Stärke des Rechts. Die herausragende Stellung der OSZE mit der Einbindung aller Staaten zwischen Vancouver und Vladivostok zeigt sich aktuell am Beispiel Ukraine und dies demonstriert auch, wie wenig die Chancen auf eine gesamteuropäische Friedensordnung genutzt wurden. Stattdessen tritt die EU mit der OSZE in einen Wettbewerb (Zellner 2006: 56). Institutioneller und auch paradigmatischer Pluralismus hat seinen Mehrwert bewiesen. Die Nutzung einer pluralistischen außenpolitischen Landschaft scheint gegenwärtig dann bemüht zu werden, wenn das Instrument der Wahl gescheitert ist.

In einigen Phasen eines Konfliktverlaufes – besonders im Bereich Prävention, Unterstützung von Friedensprozessen, Aufarbeitung von Kriegsfolgen und Versöhnung – können nichtstaatliche Einrichtungen ihre Stärken ausspielen. NGOs können bei entsprechender lokaler Verankerung, Glaubwürdigkeit und Neutralität erfolgreich Konzepte friedlicher Einmischung im Sinne von Kants „ewigem Frieden" erproben und weiterentwickeln. In der Praxis ist jedoch oftmals eher eine Instrumentalisierung als ein komplementäres Vorgehen von Seiten staatlicher Einrichtungen festzustellen.

Abrüstung

Das *Stockholm International Peace Reseach Institute* (SIPRI) listet für die EU-Staaten beim Export von konventionellen Waffen in der Periode 2008–2012 einen höheren Wert auf als für Russland und beinahe in der Höhe der USA. Deutschland und Frankreich weisen in Bezug auf die weltweit größten Waffenhändler die Ränge drei und vier auf. Zur Ankurbelung von Rüstungsexporten wurde eine eigene EU-Agentur geschaffen (EDA). Zur Schaffung der Binnennachfrage enthält der EU-Vertrag von Lissabon (2007) die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (Art. 42.3.).

Einen Friedensnobelpreis erhält, wer sich u. a. für „die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere" engagiert. Seit 2003 interveniert die EU global im Rahmen ihrer Auslandseinsatzpolitik. Auch Österreichs Heer schöpft einen Teil seiner Legitimation aus diesen globalen Militäreinsätzen. Durch die geschaffenen EU-Militärinstitutionen und die politisch gut unterstützten Rüstungskonzerne ist eine Verminderung stehender Heere im EU-Kontext heute nur eine Vision.

Österreich hat mit dem *Humanitarian Pledge* (vgl. bmeia.gv.at) eine vielbeachtete Abrüstungsinitiative ins Leben gerufen. Unterstützt wird diese aktuell von 120 Staaten. Von den 28 EU-Staaten finden sich – neben Österreich natürlich – nur Zypern, Malta und Irland auf der Unterstützungsliste. Preist die aktuell gültige EU-Sicherheitsstrategie die guten Erfahrungen Europas mit Rüstungskontrollregelungen, so endet die konkrete Unterstützung zur vollständigen nuklearen Abrüstung der meisten EU-Staaten im Unverbindlichen. Die Bündnisloyalität mit den USA, Großbritannien und Frankreich wiegt für die meisten EU-Staaten derzeit offenbar schwerer als das Ziel einer atomwaffenfreien Welt. Gemeinsam ist den FriedensnobelpreisträgerInnen EU und Barack Obama, dass sie nukleare Abrüstung lauthals von anderen einfordern, ohne sich selbst zu bewegen. Die Wertegemeinschaft EU ist auch in dieser Frage außenpolitisch gespalten und leistet leider keinen konstruktiven Beitrag zur globalen Abrüstung.

Energie und Ressourcen

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre haben die EU-Armeen die Sicherung von Ressourcen auf dem Papier zur militärischen Aufgabe erklärt. Der deutschen Bundeswehr ging es 1992 in den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* (Punkt II. 8.8.) um die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung". Die EU-Sicherheitsstrategie hat 2003 festgestellt, dass die Energieabhängigkeit ein „Anlass zur Besorgnis" ist. Das EU-Institut für Sicherheitsstudien (EU-ISS 2004: 83f) in Paris hat fiktive Szenarien für Rohstoffkriege unter Beteiligung von 60.000 EU-SoldatInnen entworfen. Auf politisch parallele Zugänge der transatlantischen Akteure weist Elmar Altvater (2008b: 54) hin: „Was im Cheney-Bericht explizit ausgeführt wurde, bestimmt auch die Energiepolitik der EU: Rekurs auf die Regeln und Wohltaten des freien Handels (...) und schließlich politischer und militärischer Druck, wenn die anderen Mittel versagen."

Wir müssen gegenwärtig feststellen, dass Konflikte um Ressourcen auch im Kleid der Sicherung der Menschenrechte, des Engagements gegen Terrorismus, der Militärpräsenz in Sinne der Sicherung einer *good governance* oder künftig vielleicht im Gewand der *responsibility to protect* auf uns zukommen. Nicht wenige Auslandseinsätze der EU hatten und haben zumindest einen indirekten Zusammenhang mit der Sicherung von Ressourcen (u. a. EU-Marineeinsatz am Horn von Afrika, EU-Militäreinsatz im Tschad, EU-Einsätze in Georgien oder Libyen). Im Zusammenhang mit der militärischen Sicherung von Öl und Gas hat der alternative Nobelpreisträger Hermann Scheer (1993: 39) bereits 1993 den Begriff „Energie-Imperialismus" geprägt. Die seit langem diskutierte Durchsetzung einer zumindest weitgehend nichtfossilen Wirtschaft (Dekarbonisierung gemäß den Empfehlungen des *Intergovernmental Panel on Climate Change*) ist nicht nur ein Beitrag bezüglich des Klimawandels, sondern leistet auch Beiträge zur Entschärfung von Kriegsursachen.

Kluge Macht

In der Theorie des „demokratischen Friedens“ wird davon ausgegangen, dass „außenpolitische Gewaltanwendung auf innenpolitische Interessen- und Machtkonstellationen zurückzuführen“ ist (Hasenclever 2006: 216). Die sozialen, (außen-)politischen und wirtschaftlichen Interessengegensätze im EU-Kontext scheinen heute eher zuzunehmen als sich zu verringern. Gerald Mader (2008: 12) unterstreicht die Innen- und Außendimension: „Die EU war als Friedensprojekt konzipiert, demnach sollte sie nicht nur dauernde Kriege zwischen den europäischen Staaten, sondern auch Kriege verhindern, die von Europa ausgehen.“

Ernst-Otto Czempiel differenziert in seinem Werk „Kluge Macht“ indirekte und direkte Einmischungsinstrumente zur Demokratisierung von Herrschaftssystemen. Er betrachtet Einmischung als grundsätzlich „geboten“, wobei: „Die der Intervention zuzubilligende Legitimation ist daran gebunden, daß sie absolut gewaltfrei verläuft“ (Czempiel 1999: 136ff), da die Vereinten Nationen eine gewaltsame Intervention verbieten. Gewaltlosigkeit ist bei der unmittelbaren Einmischung sogar eine „unentbehrliche Voraussetzung des Erfolges“ (ebda.: 148). Czempiel reflektiert auch die Instrumentalisierung der Argumentation durch den intervenierenden Akteur. „Freilich steht der einzeln intervenierende Staat immer unter dem Verdacht, daß er zwar Demokratisierung sagt, aber Machtgewinn meint.“ Als Ausweg wird auf wichtige Akteure der liberalen Theorie verwiesen, die sich an einer derartigen direkten Einmischung beteiligen können: „Deswegen ist es besser, die direkten mittelbaren Strategien solchen Akteuren zu überlassen, die von diesem Verdacht frei sind. Das sind Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), gemeinnützige Stiftungen und – vor allem – die große Menge gesellschaftlicher Akteure“ (ebda.: 150). Die Aufwertung der NGOs sieht Czempiel (1999: 152) nicht als marginale Möglichkeit: „Das ist paradox nur für den, dessen Verständnis von Außenpolitik noch immer dem in der Staatenwelt gewohnten Schema folgt.“

Die Analyse von Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf (2008a: 318f) ist ernüchternd: „Europa wirft sich immer mehr als eine imperiale Macht in Montur.“ Die Zielsetzung zu einer globalen künftigen Friedensordnung wurde hingegen bereits 1945 in der Charta der Verein-

ten Nationen festgehalten und hat an Gültigkeit nicht verloren, nämlich „künftige Geschlechter von der Geißel des Krieges zu bewahren".

Literatur

Allison, Graham T. (2013): Obama and Xi Must Think Broadly to Avoid a Classic Trap. In: New York Times, 6.6.2013.

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2007): Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in einer globalisierten Welt, Münster.

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2008a): Geoökonomie und Geopolitik der Europäischen Union. In: Mader, Gerald/Roihner, Thomas (Hg.): Europäische Friedenspolitik. Inhalte, Differenzen, Methoden und Chancen, Wien/Berlin, S. 298–323.

Altvater, Elmar (2008b): Sicherheitsdiskurse beiderseits des Atlantik – in Zeiten von peak oil und Klimawandel. In: Roithner, Thomas, ÖSFK (Hg.): Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses, Münster/Wien, S. 44–71.

Annan, Kofi (2015): Die Weltordnung ist in Gefahr. In: Der Standard, 31.1.2015, Wien, S. 38.

Bieling, Hans-Jürgen (2010): Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Bin, Zhao (2015): Ein Gürtel und eine Straße. Die neue Seidenstraße wird China und Europa Wohlstand und Frieden bringen. In: Der Standard, Kommentar der anderen, 21.5.2015, Wien.

Chen, Dingding (2015): Weltherrscher? Es kann nur keinen geben. Keine Angst: China wird die US-Hegemonie nicht herausfordern. In: IPG Journal, www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/weltherrscher-es-kann-nur-keinen-geben-743/, Friedrich Ebert Stiftung, Bonn.

Clinton, Hillary (2011): America's Pacific Century. In: Foreign Policy, 11.10.2011, Washington D.C.

Czempiel, Ernst-Otto (1999): Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München.

Dembinski, Matthias/Spanger, Vijay (2012): Der Machtverlust des Westens: Was kommt nach der Unipolarität? In: Schoch, Bruno/Hauswedell, Corinna/Kursawe, Janet/Johannsen, Margret (Hg.): Friedensgutachten, Münster/Berlin, S. 85–98.

Ehrling, Johnny (2015): China kauft sich einen Zug zum Indischen Ozean. In: Der Standard, 22.4.2015, Wien, S. 4.

Europäische Union (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel.

Europäische Union (2007): Vertrag von Lissabon, Brüssel.

European Union (2009): EU battlegroups, Factsheet, Brüssel.

Europäische Union, Rat (2013): Schlussfolgerungen vom 20.12.2013, Brüssel.

European Union, Institute for Security Studies (2004): European Defence – A Proposal for a White Paper, Paris.

Europäisches Parlament (2009): Bericht über den Jahresbericht des Rates an das Europäische Parlament über die Hauptaspekte der grundlegenden Optionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, 26.1.2009, Brüssel.

Ferguson, Niall (2013): Der Niedergang des Westens. Wie Institutionen verfallen und Ökonomien sterben, 2. Auflage, Berlin.

Follath, Erich (2013): Die neuen Großmächte. Wie Brasilien, China und Indien die Welt erobern, München.

Foure, Jean/Benassy-Quere, Agnès/Fontagne, Lionel (2010): The world economy in 2050: a tentative picture, www.cepii.fr/PDF_ PUB/wp/2010/ wp2010-27.pdf.

Frank, Johann/Matyas, Walter (Hg.) (2014): Strategie und Sicherheit 2014. Europas Sicherheitsarchitektur im Wandel, Wien/Köln/Weimar.

Fukuyama, Francis (2006): Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, Berlin.

Galtung, Johan (1975): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbeck bei Hamburg.

Gärtner, Heinz (2008): Internationale Sicherheit. Definitionen von A–Z, Baden-Baden.

Giner-Reichl, Irene (2015): Chinas Milliarden-Puzzle. In: Südwind-Magazin, Vol. 10, Wien, S. 16.

Goldman Sachs Group Inc. (2007): BRICs and beyond, Goldman Sachs Global Economics Groups, New York.

Hachigian, Nina/Sutphen, Mona (2008): Strategic Collaboration: How the United States Can Thrive as Other Powers Rise. In: The Center for Strategic and International Studies and the Massachusetts Institute of Technology (Hg.): The Washington Quarterly, Vol. 31 (4), Washington D.C., S. 43–57.

Hasenclever, Andreas (2006): Liberale Ansätze zum „demokratischen Frieden“. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2. Auflage, Opladen & Farmington Hills, S. 213–241.

Hauswedell, Corinna/Kursawe, Janet (2012): Ein Ende der Politik? Die große Verunsicherung der Mächtigen und Ohnmächten. In: Schoch, Bruno/Hauswedell, Corinna/Kursawe, Janet/Johannsen, Margret (Hg.): Friedensgutachten 2012, Münster/Berlin, S. 32–44.

Hilpert, Hanns Günther/Wacker, Gudrun (2015): Geoökonomie trifft Geopolitik. Chinas neue außenwirtschaftliche und außenpolitische Initiativen, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell Vol. 52, Berlin.

Kant, Immanuel (1984): Zum ewigen Frieden (Originalausgabe: Königsberg 1795), Stuttgart.

Khanna, Parag (2008): Der Kampf um die Zweite Welt, Berlin.

Kissinger, Henry (2014): Weltordnung, München.

Knittel, Siegfried (2015a): Starkes schwaches China. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Vol. 1, Berlin, S. 25–28.

Knittel, Siegfried (2015b): USA vs. China: Der pazifische Handelskrieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Vol. 8, Berlin, S. 25–28.

Krell, Gert (2004): Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen, 3. Aufl., Baden-Baden.

Mader, Gerald (2001): Zur Erneuerung einer europäischen Friedenspolitik. Ein Europa ohne militärpolitische Ambitionen. In: Bauer, Lucia/Roithner, Thomas (Hg.): Von der sozialen zur militärischen Sicherheit? Die Rolle der Neutralität im 21. Jahrhundert, Wien, S. 53–60.

Mader, Gerald (2008): Einführung. In: Mader, Gerald/Roithner, Thomas/ ÖSFK (Hg.): Europäische Friedenspolitik. Inhalte, Differenzen, Methoden und Chancen, Berlin, S. 9–30.

Mahbubani, Kishore (2008): Die Rückkehr Asiens, Berlin.

Mann, Michael (1998): Geschichte der Macht, 3. Band, Frankfurt a. M./New York.

Matthies, Volker (2000): Krisenprävention. Vorbeugen ist besser als Heilen, Opladen.

Maull, Hans W. (2015): Neue Bipolarität. In: IPG Journal, www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/neue-bipolaritaet-979/, Friedrich Ebert Stiftung, Bonn.

Meier, Ernst-Christoph/, Nelte, Klaus-Michael/Huhn, Walter (2008): Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Deutschland in einem veränderten internationalen Umfeld, 7. Auflage, Hamburg/Berlin/Bonn.

Menzel, Ulrich (2001): Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, Frankfurt a. M.

Meyers, Reinhard (2008): Theorien der internationalen Beziehungen. In: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, S. 473–504.

OECD (2012), OECD Economic Outlook, Vol. 1, Paris.

OECD (2014): Die OECD in Zahlen und Fakten: Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft, Paris.

Prashad, Vijay (2013): Der BRICS-Komplex. Der Aufstieg des Südens – und seine Grenzen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Vol. 9, Berlin, S. 61–73.

PricewaterhouseCoopers (PwC) (2015): The World in 2050. Will the shift in global economic power continue? London.

Ries, Tomas (2009): The globalising security environment and the EU. In: de Vasconcelos, Álvaro (Hg.): What ambitions for European defence in 2020? European Union Institute for Security Studies, Paris, S. 55–68.

Roithner, Thomas/Frank, Johann/Huber, Eva (Hg.) (2014): Werte, Waffen, Wirtschaftsmacht. Wohin steuert die EU-Friedens- und Sicherheitspolitik? Berlin/Wien.

Roithner, Thomas (2015a): Das Missverhältnis von zivil und militärisch. Das Exempel Österreich. In: Wissenschaft & Frieden e.V., interdisziplinäre Wissenschaftszeitschrift für Friedensforschung, Friedenspolitik und Friedensbewegung, Nr. 3, Marburg, S. 47–49.

Roithner, Thomas (2015b): Warum die EU eine Friedensstrategie braucht. Zur künftigen EU-Sicherheitsstrategie. In: Neue Zürcher Zeitung, Österreich, nzz.at, 22.4.2015, Wien.

Roithner, Thomas (2015c): Europas Feldherrenkunst. Zur künftigen EU-Sicherheitsstrategie. In: Neue Zürcher Zeitung, Österreich, nzz.at, 20.5.2015, Wien.

Roithner Thomas (2015d): Was du heute kannst besorgen … Zivile Krisenprävention. In: Neue Zürcher Zeitung, Österreich, nzz.at, 28.5.2015, Wien.

Roithner Thomas (2015e): Schon jenseits von Anti? BRICS, SOZ, EAWU und die Ordnung jenseits des „Westens“. In: Neue Zürcher Zeitung, Österreich, nzz.at, 20.6.2015, Wien.

Roithner Thomas (2015f): Kleiner Wert, großer Preis, doppelter Standard. EU – Wohin gehst du? In: Neue Zürcher Zeitung, Österreich, nzz.at, 31.8.2015, Wien.

Scheer, Hermann (1993): Sonnenstrategie. Politik ohne Alternativen, München.

Senghaas, Dieter (2012): Weltordnung in einer zerklüfteten Welt, Berlin.

Solana, Javier (2013): Europe’s Smart Asian Pivot, project-syndicat.org, 17.9.2013.

Stiglitz, Joseph (2004): Die Schatten der Globalisierung, München.

Szigetvari, András (2015): Ein reformunfähiger Reformer namens IWF. In: Der Standard, 17.4.2015, Wien, S. 19.

ten Brink, Tobias (2008): Staatenkonflikte. Zur Analyse von Geopolitik und Imperialismus – ein Überblick, Stuttgart.

Wilms, Falko E.P. (2006): Vorwort. In: Wilms, Falko E.P. (Hg.): Szenariotechnik. Vom Umgang mit der Zukunft, Haupt Verlag, Bern/Stuttgart/Wien, S. 7f.

Wulf, Herbert (2015): BRICS. Realistische Alternative für globale Reformen. In: SEF Global Governance Spotlight, Vol. 6, Bonn.

Yanyi, Yang (2015): China to revive ancient Silk Road, euobserver.com/eu-china/128666, 12.5.2015, Brüssel.

Zellner, Wolfgang (2006): Die OSZE zwischen Anpassungskrise und Reformdebatte. In: Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno/Hauswedell, Corinna/Hippler, Jochen/Ratsch, Ulrich (Hg.): Friedensgutachten 2006, Münster, S. 54–62.

Ziegler, Jean (2009): Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren, München.

Zoellick, Robert (2009): Ein flexibles Netzwerk ... und kein fest gefügtes System: Das ist der Neue Multilateralismus. In: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) (Hg.): Internationale Politik, Vol. 2, 64. Jg., Berlin, S. 66–71.